

Kroatien

Siniša Kušić

Überaus interessiert verfolgte man in Zagreb den Ausgang des EU-Gipfels im Juni 2007. Es ging dabei um die Frage, wie und wann Kroatien – als 28. Mitglied – zur EU stoßen könnte, sah der Vertrag von Nizza für eine funktionsfähige EU lediglich die Anzahl von 27. Mitgliedern vor. Indem die deutsche Ratspräsidentschaft der zuvor erstarrten EU den Weg sowohl in Richtung Vertiefung als auch Erweiterung ebnete, wurde gleichzeitig auch Kroatien die Tür zur EU geöffnet; der Ausgang des EU-Gipfels bedeutete daher eine Art „Garantieschein“, dass dem Land an der Adria – nach Erfüllung sämtlicher Kriterien – nicht doch noch die Tür zur EU vor der Nase zugeschlagen wird, mit Verweis auf den unzureichenden institutionellen Rahmen oder gar der ausgereizten Aufnahmefähigkeit. Ein richtiges Signal an ein Land, das den Annäherungskurs an die EU zwar spät eingeleitet, die letzten Jahre aber umso intensiver daran gearbeitet hat, sich möglichst bald für die EU-Mitgliedschaft zu empfehlen. Gleichzeitig ein wichtiges Signal an ein Land, das sich mitten in Vorbereitungen auf die Parlamentswahlen (November 2007) befand.

Die Sorgen mancher Beobachter im In- und Ausland, die laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen Brüssel und Zagreb könnten im Wahlkampf parteipolitisch instrumentalisiert werden – mit negativen Auswirkungen auf das weitere Tempo der Annäherung an die EU –, erwiesen sich als grundlos. Auch in der heißen Phase des Wahlkampfs, in der sich insbesondere die beiden Parteivorsitzenden Sanader und Milanovi überaus hitzige Debatten lieferten, dominierten innenpolitische Themen. Sogar die Grenzstreitigkeiten mit Slowenien – ein altes Problem zwischen Ljubljana und Zagreb, das in jüngster Zeit an Brisanz gewonnen hat – konnten aus dem Wahlkampf herausgehalten werden. Bei einem über weite Strecken engen Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der regierenden HDZ und der SDP konnten die Sozialdemokraten zwischenzeitlich – insbesondere nach dem Tod ihres langjährigen Parteivorsitzenden Ivica Raan – einen leichten Vorsprung gegenüber der HDZ verbuchen. Aufgrund strategischer Fehler und einer in Teilen unglücklichen Wahlkampagne schmolz dieser allerdings immer weiter zusammen, so dass der neue SDP-Parteichef Zoran Milanovi die Chance auf einen Regierungswechsel verspielte und Ivo Sanader aus den Wahlen erneut als Sieger hervorging.

Der Wahlausgang überraschte damit nicht wenige Experten im Lande, bestätigte aber sowohl den Trend einer weiteren Stabilisierung des kroatischen Parteiensystems als auch die Stärkung der politischen Mitte. Gleichzeitig haben insbesondere kleinere Parteien an Rückhalt in der Bevölkerung verloren, wodurch die Bildung einer mehrheitsfähigen Koalition erschwert wurde. Wochen nach der Parlamentswahl sollten noch vergehen, bis Ivo Sanader das Mandat zur Regierungsbildung bekam und schließlich seine neue Regierungsmannschaft – bestehend aus HSS, HSLs und Vertretern der Minderheiten – vorstellen konnte. Präsident Stjepan Mesi begründete sein zögerliches Verhalten bei der Vergabe des Auftrags zur Regierungsbildung mit Verweis auf die kroatische Verfassung, die zuvor die Sicherstellung der notwendigen Mehrheit der Abgeordneten im Sabor vorsieht, und diese war aus seiner Sicht in beiden Lagern zunächst nicht gegeben. Möglicherweise mit ein

Grund, warum es ungewöhnlich lange gedauert hat, bis die SDP sich mit der erneuten Oppositionsrolle abgefunden und ihr Parteichef seine Wahlniederlage eingestanden hatte.

In Anbetracht der anstehenden Herausforderungen war die langwierige Prozedur bis zur Etablierung einer handlungsfähigen Regierung für das Land nicht förderlich. Mit Blick auf die beginnende EU-Ratpräsidentschaft drohte der Nachbar Slowenien bereits Ende 2007 eine mögliche Verlangsamung der EU-Beitrittsgespräche mit Kroatien an, sollte das Land an der Adria, wie angekündigt, zum 1. Januar 2008 die Wirtschafts- und Fischereischutzzone tatsächlich ausrufen. Kurze Zeit später wurde Kroatien mit einem mehr oder weniger offen formulierten Ultimatum aus Brüssel konfrontiert, welches die Weiterführung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Rücknahme der Ausrufung der Wirtschafts- und Fischereischutzzone bzw. deren Nichtanwendung für EU-Mitgliedstaaten verband. Dahinter stand zum einen die Forderung Italiens nach Beibehaltung des Status quo für die eigene Fischereiflotte in der Adria, zum anderen die slowenische Blockadehaltung im Zusammenhang mit den ungeklärten Grenzverläufen zu Wasser und zu Land. Größeres Gewicht bekam die Haltung Sloweniens zusätzlich dadurch, dass das Land zu diesem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hatte, und diese Position – erstmals in der Geschichte der EU – bei der Lösung bilateraler Streitigkeiten für eigene Zwecke einsetzte. Eine handlungsfähige Regierung war in Kroatien Anfang des Jahres 2008 auch gefragt, als es darum ging bereits im Januar seinen Platz als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat einzunehmen, nachdem man sich zuvor erfolgreich gegen den anderen Kandidaten – die Tschechische Republik – durchsetzen konnte. Die Aufnahme Kroatiens in den UN-Sicherheitsrat kann dabei ebenso als politische Aufwertung des Landes an der Adria und als Anerkennung der Reformleistungen und der Stabilität der vergangenen Jahre verstanden werden, wie die erfolgreiche Annäherung an die NATO, die schließlich im Frühjahr 2008 in Bukarest mit der Einladung zur NATO-Mitgliedschaft honoriert wurde.

Auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft ist Kroatien ebenfalls ein gutes Stück vorangekommen, wie der jüngste Fortschrittsbericht der EU-Kommission bestätigte. Nachdem sich Zagreb im Falle der Fischereischutzzone kooperativ zeigte bzw. dem Ultimatum nachgab, kam Brüssel wiederum Kroatien entgegen und terminierte den Abschluss der Beitrittsverhandlungen erstmals auf das Jahr 2009 fest, um möglicherweise noch mit dem jetzigen EU-Parlament die Aufnahme beschließen zu können. Nach den Irritationen und unnötigen Verzögerungen der ersten Monate, muss dazu aber der weitere Reformprozess an Fahrt gewinnen, um während der französischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2008 das verlorene Terrain wettzumachen. Größere Anstrengungen muss Kroatien insbesondere in den Bereichen Justizwesen und öffentliche Verwaltung unternehmen, zudem mahnt die EU-Kommission weiterhin den Abbau der großzügig bemessenen Subventionen im Schiffsbau an. Notwendige Reformanstrengungen bestehen zudem bei der Bekämpfung der Korruption, hier allerdings konnte die Staatsanwaltschaft in Zusammenarbeit mit der Anti-Korruptionsbehörde USKOK seit einiger Zeit Erfolge vermelden. Verstärkt werden Korruption und kriminelle Verstrickungen zwischen Wirtschaft und Politik aufgedeckt, mit der Aktion „Maestro“ gelang gar ein vielbeachteter Schlag gegen die Korruption in der Führungsetage des kroatischen Privatisierungsfonds.

Weiterführende Literatur

Kušić, Siniša: Zwischen Euphorie und Ernüchterung – Kroatien auf dem Weg in die EU, Frankfurt 2007.